



JETZT HANDELN!

Existenzen sichern und die Folgen der Energiekrise abmildern!

**Beschluss des
78. Landesparteitages der
CDU Baden-Württemberg
in Villingen-Schwenningen
am 15. Oktober 2022**

Der russische Überfall auf die Ukraine hat den Krieg wieder mitten nach Europa gebracht. Im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag, im Landtag von Baden-Württemberg und in unseren Kommunen haben wir Demokraten mit breiter Mehrheit den russischen Angriffskrieg auf das Schärfste verurteilt und den Menschen in der Ukraine unsere Solidarität ausgesprochen. Dabei geht es um unsere gemeinsamen europäischen Werte: Frieden und Freiheit stehen über allem. Deshalb ist eine starke und kontinuierliche Unterstützung der Ukraine notwendig, Sanktionen gegen Russland sind weiterhin erforderlich.

Als CDU verstehen wir uns in dieser Situation als Garant für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand – bei uns im Land, aber auch in einem geeinten und gemeinsam handelnden Europa.

Auswirkungen des Krieges abmildern und die Weichen für die Zukunft stellen

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine haben auch für uns massive Folgen. Hohe russische Importquoten bei fossiler Energie erweisen sich als Hypothek. Mit konsequentem Handeln müssen wir alle Möglichkeiten und Potenziale nutzen, um uns davon so schnell wie möglich zu lösen.

Es droht nach wie vor ein Energienotstand. Angebot und Nachfrage stimmen mengenmäßig nicht überein, was zu explodierenden Energiepreisen führt. Das stellt unser Land, die Bürgerinnen und Bürger und unsere Unternehmen vor enorme, zum Teil existenzielle, Herausforderungen. Aktuell liegt der Fokus darauf, schnell Ersatz für die wegfallenden Lieferungen von Kohle, Öl und Gas aus Russland zu finden. Gleichzeitig müssen wir in der jetzigen Krise die Weichen stellen, Deutschland bis 2045 zu einem klimaneutralen Industrieland zu machen und dabei Klimaschutz mit wirtschaftlicher Stärke und sozialem Ausgleich zu verbinden.

Als Partei der sozialen Marktwirtschaft unterstreichen wir, dass sich Preise aus Angebot und Nachfrage ergeben. Die zentrale Sorge der Menschen ist derzeit die galoppierende Inflation und diese wird maßgeblich durch die Energiepreise getrieben. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, das bestehende Stromangebot auszuweiten. Nur auf diesem Wege können wir auch die Ursachen bekämpfen und nicht nur die Symptome.

Baden-Württemberg ist eine Kraft-Region im besten Sinne und wird das auch bleiben. Die CDU setzt im Land in der Umwelt- und Energiepolitik Akzente, um Wirtschaft und Energie gemeinsam zu denken. Energie verfügbar und bezahlbar zu halten, ist die soziale und ökonomische Frage unserer Zeit. Wir brauchen eine Energiepolitik, die überall in Deutschland Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet und mit den Klimazielen verbindet. Unser Maßstab als Christdemokraten ist dabei Nachhaltigkeit in der ganzen Breite - gestützt auf ihre drei Säulen: Ökonomie, Ökologie und Soziales.

Die derzeitige Krise fordert ein beherztes und engagiertes Handeln. Die Bundesregierung lässt dagegen weiterhin wichtige Potenziale der Energieversorgung links liegen. Bei der Energiewende setzt die Ampel einseitig auf Strom und beim Ausbau der erneuerbaren Energien vornehmlich auf Windkraft und Photovoltaik.

Sie vergibt damit Zukunftschancen, die in der breiten Anwendung von Technologien für unsere Energiesicherheit liegen: Statt einen breiten Konsens zu suchen, agiert sie von oben nach unten und setzt auf Zentralismus statt Föderalismus. Bioenergie, Geothermie, Wasserkraft - neben der Kraft der Sonne gerade Stärken des Südens, stehen nicht im Fokus der Ampel.

Neue Technologien, wie wir sie als Innovationsland in Baden-Württemberg führend voranbringen, werden stiefmütterlich behandelt. Wir setzen dem einen breiten Ansatz entgegen, der alle Möglichkeiten mitnimmt, die Chancen umfassend nutzt und haben dabei ein besonderes Augenmerk auf Baden-Württemberg. Ob mit Blick auf die Wasserstoffinfrastruktur oder bei den Potenzialen aller Erneuerbaren und der nachwachsenden Rohstoffe: Der Süden darf nicht abgehängt werden!

Wir vermitteln Hoffnung und dürfen nicht in Lethargie verfallen: Wenn wir alle zusammenstehen und uns für unser Land einsetzen, dann bewältigen wir die Krise und meistern gemeinsam jede Herausforderung. Wenn jetzt schnell die richtigen Entscheidungen getroffen werden – dazu sind wir bereit – dann werden wir gestärkt aus dieser schwierigen Krise hervorgehen. Wir handeln in Baden-Württemberg in der Krise beherzt und stärken Arbeitsplätze, Lebensqualität und Wirtschaftskraft nachhaltig. Dasselbe erwarten wir von der Bundesregierung. Dafür braucht es eine überzeugende Gesamtstrategie mit den folgenden Maßnahmen:

1. Energiepreise dämpfen, Energiepauschale einführen und den Mittelstand stützen

Wärme und Strom müssen bezahlbar bleiben. Als CDU Baden-Württemberg haben wir frühzeitig eine Begrenzung der Preise sowie eine Unterstützung für Privathaushalte und Unternehmen gefordert und hierfür konkrete Vorschläge gemacht. Angesichts der Preisexplosion sind Entlastungen dringend notwendig, denn Existenzen stehen auf dem Spiel. Überforderungen und eine Pleitewelle müssen verhindert werden.

Deshalb muss eine Gaspreisbremse umgehend und unbürokratisch auf den Weg gebracht werden. Die Bundesregierung hat bei der Vorbereitung leider zu viel Zeit verstreichen lassen. Eine Regelung, die erst im März nächsten Jahres greift, ist viel zu spät. Die Gaskommission schlägt auch deshalb eine Einmalzahlung im Dezember als Zwischenschritt vor.

Diese Einmalzahlung ist zu kurz gegriffen. Es braucht eine größer angelegte Entlastung, die zum Beispiel auch Menschen umfasst, die mit Öl oder Pellets heizen. Diese Gruppen werden weder mit der Preisbremse noch mit der Einmalzahlung umfasst. Deshalb fordern wir konkret, dass mindestens die Mehrwertsteuer auf Energie generell, befristet für die Krise, auf den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent gesenkt wird. Beschlossen ist das lediglich für Gas und Fernwärme. Bei Strom ist das ohne weiteres möglich und gerade auch mit Blick auf die Schlechterstellung der erneuerbaren Energien überfällig. Bei Öl und Pellets muss die Möglichkeit zur Senkung zeitnah europäisch durchgesetzt und national umgesetzt werden. Angesichts der explodierten Preise hat der Staat auch mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz in der Krise jedenfalls nicht weniger Einnahmen als mit dem vollen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent vor der Krise.

Menschen mit geringen oder mittleren Einkommen müssen besser unterstützt werden. Haushalte im unteren Einkommensdrittel sollten ergänzend zur Preisbremse eine 1.000-Euro-Energiepauschale erhalten. Denn der Gaspreis wird sich auch mit der von der Kommission vorgeschlagenen Bremse deutlich mehr als verdoppeln. Gefragt ist deshalb gezielte Hilfe für Haushalte, bei denen Strom- und Gaskosten einen besonders hohen Anteil am verfügbaren Einkommen ausmachen. Preisbremse und Einmalzahlung ersetzen auch nicht zielgerichtete Unterstützung für Betriebe, die schon jetzt durch die Kostenexplosion hart getroffen sind und deren Situation sich im Winter weiter zuspitzt. Sie brauchen die Möglichkeit von Zuschüssen als Brücke über die Krise. Das Energiekostendämpfungsprogramm darf nicht - wie von der Bundesregierung jetzt angekündigt - Ende des Jahres abgeschafft werden. Wir fordern mit Nachdruck: Auch für Mittelstand und Handwerk muss es Zuschüsse zur Abwendung von Existenzgefährdungen geben. Mittelstand und Handwerk, wie beispielsweise Bäckereien und andere Grundversorger, wie etwa Rohstofflieferanten und Landwirte, müssen Unterstützung erhalten, wenn dies zum Unternehmenserhalt beiträgt. Der Zugang für die Industrie muss erleichtert werden. Zudem muss das Programm massiv vereinfacht werden, damit es gerade mittelständische Betriebe unbürokratisch in Anspruch nehmen können.

Die Ampel-Regierung darf die kleinen und mittleren Betriebe mit ihren Sorgen nicht allein lassen. Die dramatische Situation erfordert für die am stärksten betroffenen Unternehmen unkomplizierten Zugang zu angemessenen Hilfsleistungen.

Der Bund ist bei den Hilfsleistungen in der Pflicht. Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Förderlücken des Bundes geschlossen werden und Härtefallhilfen realisiert werden. Klar ist: Die kleinen und mittleren Betriebe machen das Herz und die Seele unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft aus. Zudem stehen sie für drei Viertel aller Arbeitsplätze. Diese wollen wir erhalten.

Die Entlastung des Mittelstandes darf dabei nicht auf Gas und Strom reduziert werden. Alle Energieformen wie Heizöl oder Sprit müssen in den Blick genommen werden, um Strukturbrüche zu vermeiden. Wir setzen uns für diesen breiten Ansatz ein, denn es steht jetzt ein zentrales Ziel im Mittelpunkt: Wir müssen eine soziale und wirtschaftliche Schieflage abwenden und den Kern unserer Wirtschaft erhalten. Das geht nur mit der ganzen Vielfalt unserer Betriebe.

Gefragt ist jetzt ein Gesamtkonzept statt Stückwerk: Die Bundesregierung muss neben der Gaspreisbremse und notwendigen Unterstützungsmaßnahmen auch die angekündigte Strompreisbremse umsetzen.

Die aufgrund der EU-Verordnung abgeschöpften Über-Gewinne müssen zielgerichtet und in vollem Umfang zur Begrenzung des Strompreises eingesetzt werden. Es darf keine Schieflage geben gegenüber Öl und Holzpellets. Wer auf Veranlassung der Politik und mit Förderung der KfW auf Pellets umgestellt hat, darf nicht allein gelassen werden.

Zudem müssen Preisdämpfung und Entlastung durch Maßnahmen zur Energieeinsparung flankiert werden - etwa einem 100-Euro-Handwerkergutschein, um die private Heizung auf Effizienz hin zu trimmen und eine attraktivere Ausgestaltung der KfW-Förderprogramme für die Sanierung von Bestandsgebäuden.

Bezahlbare, klimaneutrale Energie ist die essenzielle Voraussetzung dafür, dass Arbeitsplätze, Produktionsstätten, führende Technologien und Wertschöpfung am Standort Baden-Württemberg langfristig gesichert und erhalten bleiben oder neu angesiedelt werden können. Es droht ansonsten eine Abwanderung energieintensiver Branchen und damit ein Verlust jahrzehntelang aufgebauter und dringend notwendiger Wertschöpfung und technologischer Kompetenz in unserem Land. Immer mehr Betriebe und Unternehmen sind angesichts explodierender Gas- und Strompreise existenziell bedroht. Deshalb müssen wir jetzt für die Zukunft konsequent handeln.

2. Nationaler Energiesparpakt von Bund, Ländern und Kommunen

Mehr als acht Monate nach dem 24. Februar 2022 hat die Bundesregierung noch immer keinen nationalen Energiesparpakt von Bund, Ländern und Kommunen initiiert. Öffentliche Gebäude müssen dabei Vorreiter und Vorbild sein. Es muss Anreize für Privatpersonen geben, dass etwa die Heizung optimal eingestellt wird. Anreize für die Wirtschaft müssen mit einem echten Auktionsmodell zur Gaseinsparung kommen. Ein zentraler Bestandteil muss auch die umfassende Drosselung der Gasverstromung sein.

Wo nicht unbedingt etwa wegen Kraft-Wärme-Kopplung geboten, muss die Verstromung heruntergefahren werden. Jede Kilowattstunde Gas, die verstromt wird, fehlt uns zur Energiesicherheit im Winter. Wegen des zögerlichen Handelns und widersprüchlicher Regelungen der Bundesregierung sind bislang erst wenige Kohlekraftwerke aus der Reserve wieder am Netz. Wir benötigen bei Energieanlagen vorläufige Genehmigungen und den Mut zu befristeten Sonderregeln, um alle zur Verfügung stehenden Kapazitäten konsequent nutzen zu können. Es ist nicht zu vermitteln, dass sich trotz der Not die Verfahren nicht ändern.

Die Regelungen für den Ausbau der LNG-Infrastruktur müssen weiter verbessert und auf alle für Resilienz und Zukunftsfähigkeit relevanten Bereiche übertragen werden: Deutschland muss schneller werden und als Baden-Württemberger wollen wir dabei immer einen Schritt voraus sein.

3. Bioenergie konsequent nutzen

In der aktuellen Krisensituation ist der verstärkte Einsatz von Biogas ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Gasverstromung. Obwohl wir seit Beginn der Krise das konsequente Abräumen aller gesetzlichen Deckel gefordert haben, hat die Ampel die Potenziale über den gesamten Sommer verschenkt. Dabei ist davon auszugehen, dass mindestens fünf Prozent des russischen Gases kurzfristig durch die Nutzung dieser Bioenergie ersetzt werden und zwei Millionen Haushalte zusätzlich mit Strom versorgt werden können.

Zudem kann Wärme und Biomethan produziert werden. Nun gilt es sicherzustellen, dass durch die Umsetzung der europäischen Strompreisbremse kein neuer EU-Deckel für Bioenergie entsteht. Ihre Besonderheiten müssen dabei berücksichtigt werden. Nicht nur der Deckel, auch die bau- und immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen stellen unnötige Hürden dar.

Mit politischem Willen wäre auch eine stärkere Vergärung von Reststoffen aus der Tierhaltung und der Grünschnitt- und Lebensmittelverwertung möglich. Biogasanlagen sind insbesondere in den Südländern systemrelevant. Sie spielen sowohl für den Ausgleich regional unterschiedlicher Gasspeicherstände als auch für die Stabilität des Stromnetzes bereits heute eine wichtige Rolle. Wir fordern die Bundesregierung auch auf, unter anderem durch die Modifizierung des Abfallrechts, die Chance auf die Kaskadennutzung mittels Biogases zu stärken.

4. Kernkraftwerke zur Krisenbewältigung

Zur Abwendung eines in der Energiekrise weiter drohenden Notstands sprechen wir uns gegen die Abschaltung der aktuell noch laufenden drei Kernkraftwerke Neckarwestheim 2, Isar 2 und Emsland zum Jahresende aus. Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, um sie über die nächsten beiden Winter hinweg bis 2024 nutzen zu können. In diesen beiden Wintern drohen Notlagen, denen damit begegnet wird.

Die Strompreise haben jetzt schon Rekordhöhen erreicht. Darunter leiden private Haushalte ebenso wie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wer, wie Bundeswirtschaftsminister Habeck, in so einer Lage den Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke ausschließt, riskiert die Versorgungssicherheit und immer weiter steigende Preise für private Haushalte und Betriebe. Die Bundesregierung muss jetzt handeln, statt weiter zu verzögern. Die Bundesregierung muss den Weg frei machen, dass notwendige Brennstäbe bestellt werden können. Wir machen pragmatische Politik ohne ideologische Scheuklappen.

Der Stresstest der Übertragungsnetzbetreiber hat gezeigt, dass sich ein befristeter Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke positiv auf Leistungsbilanz und Netzsicherheit auswirkt.

Fragen des Klimaschutzes und der Auswirkungen auf das Preisniveau hat die Bundesregierung hingegen bei ihrer Entscheidung gar nicht erst einbezogen, obwohl diese zusätzlich für einen Weiterbetrieb der beiden modernsten deutschen Meiler sprechen. Einer Studie der Universität Erlangen unter Beteiligung der Wirtschaftsweisen Prof. Veronika Grimm geht davon aus, dass der Weiterbetrieb der drei verbliebenen Kernkraftwerke die Strompreise um mehr als 13 Prozent senken könnte – und zudem einen positiven Einfluss auf die CO₂-Bilanz hat.

Die Kraftwerke Isar 2 und Neckarwestheim 2 haben für die Energiebereitstellung im Süden eine überragende Bedeutung. Allein in Baden-Württemberg ist das letzte verbliebene Kernkraftwerk für ein Viertel der gesamten Jahresleistung im Südwesten verantwortlich. Angesichts der drohenden Notsituation in diesem Winter und in den kommenden Jahren, zur Abwendung einer Mangellage und als unser Beitrag zur europäischen Solidarität in der Krise, können wir auf diese Stromerzeugung nicht verzichten.

Deutschland braucht ein Gesamtkonzept für die Energieversorgung in den nächsten Jahren. Hierfür braucht es eine innovationsfreundliche und technologieoffene Debatte und einen verbindlichen Maßnahmenplan, der dem Energiesparpakt zugrunde gelegt wird. Wir machen außerdem deutlich, dass die Zukunft den erneuerbaren Energien gehört. Dafür steht die CDU Baden-Württemberg.

5. Schutzschirm für Stadtwerke aufspannen und Kommunen entlasten

Die Kommunen werden von der Bundesregierung seit Monaten vernachlässigt. Als Kommunalpartei werden wir die Kommunen nicht im Stich lassen. Für uns steht fest: Unsere Stadtwerke sind systemrelevant. Um zu vermeiden, dass Zahlungsausfälle von Kunden zu Zahlungsschwierigkeiten und Insolvenzen von Stadtwerken mit Kaskadenwirkung in der Grundversorgung führen, brauchen wir zeitnah einen Schutzschirm für die Stadtwerke aus Liquiditätshilfen, einem KfW-Bürgerschaftsprogramm und einem verlässlichen Insolvenzschutz. Die Kommunen sehen sich mit einer multithematischen Überforderung konfrontiert. Deshalb fordern wir auch eine Aufgabenkritik, in deren Folge die Kommunen entlastet werden müssen.

Wir müssen auch die Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und soziale Einrichtungen in den Blick nehmen, die genauso von der Bunderegierung vernachlässigt werden. Sie sind elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge und dürfen in der Krise nicht allein gelassen werden.

6. Einheitliche Strompreiszone erhalten

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen wir die unterschiedlichen Stärken der Regionen berücksichtigen. Wir setzen dabei auf Zusammenhalt und wirtschaftliche Stabilität statt auf Kirchturmdenken und Kleinstaaterei. Deshalb sprechen wir uns auch für eine weiterhin einheitliche, deutsche Strompreiszone aus und lehnen alle gegenläufigen Initiativen, egal aus welcher Himmelsrichtung, ab.

Der Ausbau der Übertragungsnetze wird bei einem zunehmenden Anteil erneuerbarer Energien weiter seinen Teil dazu beitragen, Strom in die Industriezentren im Süden Deutschlands zu bringen. Gleichzeitig setzen wir uns als CDU Baden-Württemberg mit voller Kraft dafür ein, dass wir unsere Ziele im Bereich Windkraft in Baden-Württemberg erreichen. Die aktuell dramatisch gestiegenen Re-Dispatch-Kosten zeigen auch die Notwendigkeit zum Aufbau neuer, wasserstofffähiger Gaskraftwerke. Die Bundesregierung muss hierfür kurzfristig einen für den Übergang zu den Erneuerbaren unerlässlichen investitionsfreundlichen Rahmen schaffen.

7. Ausbauoffensive der Wasserstoffinfrastruktur in allen Himmelsrichtungen

Die Europäische Union forciert den Auf- und Ausbau einer europäischen Wasserstoffinfrastruktur. Deutschland muss hierbei eine führende Rolle übernehmen, auch weil der Energiebedarf im industriellen Süden Deutschlands auch in Zukunft hoch bleiben wird und die Abhängigkeit von Öl und Gas wirksam reduziert werden muss. Die Bundesregierung muss die Nationale Wasserstoffstrategie konsequent mit großer Dringlichkeit vorantreiben und für eine bundesweit leistungsstarke Infrastruktur für den Transport, die Verteilung, die Produktion sowie die Lagerung von Wasserstoff sorgen.

Baden-Württemberg muss bis spätestens 2030 an das nationale und europäische Wasserstoffnetz angeschlossen sein und mit finanziellen Zusagen des Bundes im Rücken auch mit Ländern im Süden Kooperationen und Infrastrukturmaßnahmen initiieren. Beim Aufbau einer eigenen Wasserstoffproduktion ist darauf zu achten, diese stromnetzdienlich auszubauen. Als Anker der deutschen Industrie braucht Süddeutschland von Anfang an eine optimale Wasserstoffinfrastruktur, weil sonst Lieferketten in ganz Deutschland und in Europa bedroht und betroffen sind. Nicht nur Geld, auch die Genehmigungsverfahren sind das Zünglein an der Waage. Wie der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze, muss auch der Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur umfassend zum herausragenden öffentlichen Interesse erklärt und alle Genehmigungsbehörden- und Gerichtsverfahren entsprechend beschleunigt werden.

8. Ausbau der Photovoltaik vorantreiben

Wir werden in Baden-Württemberg unsere Anstrengungen weiter auf eine noch stärkere Nutzung der Photovoltaik-Potentiale im Einvernehmen mit Kommunen und Landwirtschaft ausrichten. Konkret wollen wir einen unbürokratischen Ausbau forcieren – auch in landeseigenen Gebäuden. Wir haben mit unserer Bundesratsinitiative zur Steuerbefreiung von kleinen PV-Anlagen bis 30 kWp einen ersten wichtigen Schritt zur Entbürokratisierung erreicht. Nun legen wir nach. Es benötigt ein Solar-Sofortprogramm in dem unter anderem die Zertifizierungspflichten für PV-Anlagen ausgesetzt, die Mindestabstände für PV-Anlagen reduziert, vergünstigte KfW-Kredite angeboten und Anmeldeverfahren von neuen Anlagen deutlich vereinfacht werden. Der Bund muss darüber hinaus auch zulassen, dass bei Baggerseen mehr als 15 Prozent der Seefläche mit schwimmenden Photovoltaik-Anlagen genutzt werden können.

Weitere Schritte in der PV sind der Netzausbau, die Investition in netzdienliche Großspeicherbatterien, die Überarbeitung der Netzentgelte hin zu mehr leistungsorientierter Vergütung und die Vorbereitung einer Smart-Grid-Welt, die unkomplizierte Energieströme zum Beispiel vom Auto ins Haus ermöglicht.

9. In der Krise europäisch zusammenarbeiten

Wir haben einen intergouvernementalen europäischen Solidaritätsmechanismus aus der Not heraus geschaffen, mit dem Ziel, die Gasversorgung in der EU zu sichern - die „SoS-Verordnung“. Diese kann jedoch nur greifen, wenn zur Umsetzung im Notfall zusätzliche Solidaritätsabkommen zur Regelung der Einzelheiten zwischen den jeweiligen Mitgliedstaaten existieren. Davon gibt es bisher nur eine Handvoll, weil der Prozess aufwändig ist und diese die Sicherheit des Gesamtsystems oft nicht im genügenden Maße ins Auge gefasst haben. Wenn es hart auf hart kommt, muss Solidarität aber nicht nur proklamiert, sondern auch praktisch gelebt werden. Konkrete Solidaritätsabkommen hat Deutschland bislang lediglich mit Österreich und Dänemark abgeschlossen, aber nicht mit Polen oder Italien und leider auch nicht einmal mit Frankreich. Und EU-Mitglied hin oder her – was für die anderen Nachbarländer gilt, gilt auch für die Schweiz: Wenn sie können, sollten sich Nachbarn in der Not gegenseitig helfen. Die EU-Außengrenze darf nicht zur Mauer für gegenseitige Nothilfe werden. Wünschenswert wäre ein entsprechendes Abkommen im Alpenraum.

Unter dem Eindruck der Krise müssen wir weitere Integrationsschritte gehen, weil Energie in der ganzen EU gemeinsam genutzt werden können sollte. Nicht umsonst war die „Mutter“ der EU eine auf Energielieferungen konzentrierte Montanunion. In der Konsequenz daraus ist ein voll integrierter Energie- und Elektrizitätsbinnenmarkt längst überfällig. Entscheidend ist bei allen bestehenden nationalen Unterschieden, dass wir sämtliche Potenziale in einer gemeinsamen Infrastruktur zusammenführen: Ökostrom-Partnerschaften sowie Resilienz durch mehr grenzüberschreitende Leitungen und ein europäisches Wasserstoffnetz.

10. Diversifizierung vorantreiben

Neben dem Ausbau der deutschen LNG-Häfen und internationalen Lieferverträgen ist für eine sichere Gasversorgung auch die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn zentral. Hierzu gehören sowohl der Ausbau der Pipeline-Verbindungen aus den Häfen Antwerpen und Rotterdam als auch der schnellstmögliche Anschluss des Südens an die Häfen der Adria.

Wir müssen aber auch zeitlich über den Tellerrand hinausblicken. Technologien zur Speicherung und Nutzung von CO₂, wie CCS und CCU, leisten nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz. Im Sinne einer Kreislaufwirtschaft kann auch Kohlenstoff genutzt werden, der unter Einsatz regenerativer Energie in molekulare Rohstoffe umgewandelt werden kann. Hier spielen auch E-Fuels eine zentrale Rolle, die unter anderem einen Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes in der Bestandsflotte leisten können.

Um Industrieland zu bleiben, dürfen wir uns neuen technischen Möglichkeiten nicht verschließen. Wir müssen Technologien mit Forschergeist und Sensibilität gleichermaßen voranbringen. Baden-Württemberg muss der Platz bleiben, an dem im Herzen Europas die Innovation zu Hause ist.